



Vom Irrweg einer Nation?

Historische Hintergründe sächsischer Besonderheiten

Konstantin Hermann

Als Alexander Abusch 1945 sein Buch „Der Irrweg einer Nation“ veröffentlichte, zog er – unter dem programmatischen und einprägsamen Titel – eine Herleitungskette von Martin Luther über Preußen und das Kaiserreich zu Hitlers Nationalsozialismus. Helmuth Plessner hatte nur wenige Jahre später den Begriff von Deutschland als „verspäteter Nation“ geprägt, die in wenigen Jahrzehnten das kompensierte, wofür anderen Völkern Jahrhunderte der Nationsbildung zur Verfügung standen. Beide Begriffe implizierten einen deutschen Sonderweg, der so im Gegensatz zu den westeuropäischen Ländern stand, die die im Kalten Krieg naheliegende Vergleichsbasis für die Bundesrepublik bildeten. Hätte

man sich nach dem Osten orientiert, in das Baltikum, zum Balkan, wäre der Sonderweg der verspäteten Nationsbildung eher der Regelfall. Die Staaten entstanden erst nach dem Rückzug sowie der geographischen Randverluste der Großmächte Russisches Reich und Osmanisches Reich.

Erklärungen in der Geschichte zu suchen ist gern geübt; wenn die Geschichte schon keine Zukunftsprognosen geben könne, müsse sie wenigstens das Heute erklären können. Dies gilt vor allem für ein Abweichen von der Norm, bei Entwicklungen, die sich anders vollziehen als anderswo – wie eben einleitend der „deutsche Sonderweg“. Heute wird in den Medien eine Art „sächsischer Sonder-

Verklärte Monarchie: Der „Lebendige Fürstenzug“ zum Dresdner Stadtjubiläum 2006
Foto: Archiv ZKG

weg“ beschrieben, konstruiert. Das reicht hin bis zum mehr oder minder humoristischen „Säxit“, zu Schlagzeilen wie „Sachsen – Land der Trottel?“ im Nachrichtenteil eines großen Mailedienstleisters. In den Spuren der sächsischen Geschichte müssten sich doch Erklärungsmuster finden lassen für die Probleme im heutigen Sachsen, so die Annahme. Wenn man sich in die Tiefen der auf die weiland vielberufenen „Volkscharakterstudien“ des 18. und 19. Jahrhunderts herunterbegeben möchte, erscheint der Sachse als friedfertig, höflich, aber in Kleinigkeiten empfindlich. Doch damit und überhaupt mit der historischen Begründung ist es so eine Sache: Zu unwägbare sind die Vergleichsbefunde mit anderen Bundesländern, geht man in die Geschichte hinein. Eines ist Sachsen dabei nicht: eine verspätete Nation, hier bewusst diesen Begriff und nicht den des Stammes verwendend. Ganz im Gegenteil bildete Obersachsen bereits jahrhundertlang eine gefügte Organisation, die zwar 1485 die dann ernestinischen Lande verlor, aber als Land – und das gilt auch nach den Verlusten 1815 – bestehen blieb. Geopolitisch betrachtet, verlor Sachsen die Ränder, aber das Kernland blieb. Will man den Besonderheiten der sächsischen Geschichte nachgehen, die das heutige Sachsen zu dem machten, was es im Sinne der vorliegenden Publikation heute ist, nämlich unter der Fragestellung einer Anfälligkeit zur Ausländerfeindlichkeit, zum ausgeprägten Konservatismus, hier mit einer starken Rechtslastigkeit, muss zunächst nach dem Bezugsrahmen, nach den Vergleichsmustern gefragt werden. Unter den 16 Bundesländern ist Sachsen eines der wenigen ohne Bindestrich. Mecklenburg-Vorpommern, Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg (-Hohenzollern), Rheinland-Pfalz, Schleswig-Holstein und Sachsen-Anhalt spiegeln bereits in ihren Namen den Zusammenschluss wieder, denen sie ihren Ursprung verdanken. Die anderen wie Brandenburg, Thüringen, Saarland, Hessen, Niedersachsen, Sachsen und Bayern bilden die reichliche zweite Hälfte, wenn wir die Stadtstaaten (Berlin, Bremen, Hamburg) unberücksichtigt lassen. Fast hätte es 1996 ein weiteres Bindestrich-Land gegeben, wenn die Volksabstimmung zu einem gemeinsamen Bundesland Berlin-Brandenburg nicht am Widerstand der Bevölkerung des Flächenlandes gescheitert wäre. Thüringen und das Saarland entstanden erst nach dem Ersten Weltkrieg, Hessen in dieser Form 1945, Niedersachsen ebenfalls in diesem Jahr als Besatzungsgrün-

dung und Nachfolger der Länder Hannover, Braunschweig, Oldenburg und Schaumburg-Lippe. Bayern zieht seine integrative Kraft aus dem wirtschaftlichen Erfolg, auch wenn die Franken lieber Franken als Bayern sind.

Einzig Brandenburg weist, 200 Jahre jünger, oberflächlich betrachtet und ohne die historischen Spezifika der Einzelterritorien innerhalb der Länder berücksichtigend, eine doch vergleichbare Geschichte mit Sachsen auf, wobei das Brandenburgische allerdings jahrhundertlang im Preußischen aufging. Es wäre also reizvoll, diese beiden Länder in ihren Entwicklungen zu vergleichen und einen gemeinsamen Sonderweg zu bestimmen, so er existiert. Doch mindestens zwei wesentliche Unterschiede gibt es: die schon benannte Dominanz des Preußischen, auch wenn es vom Brandenburgischen nicht zu trennen ist, und die Sogkraft des umschlossenen Berlins. Über eine solche Metropole verfügt Sachsen nicht. Hier teilen sich zwei Städte die Metropolfunktion: Dresden als Hauptstadt, die heute in den Medien bisweilen als dunkler Kontrapunkt gegenüber der weltoffenen Handelsstadt Leipzig dargestellt wird. Konnotiert wird dies dann allgemein mit der Kessellage Dresdens, dem „Tal der Ahnungslosen“. Und tatsächlich ist es so, dass Dresdner Besonderheiten festzustellen sind, die auf das gesamte Bundesland abstrahlen.

Doch wenn in den Medien aktuell, wie bereits skizziert, über den „sächsischen Sonderweg“ berichtet wird und Fragen nach dem historischen Warum gestellt werden, grenzt eine Antwort an kontrafaktische Geschichtsschreibung. Was wäre wenn?, hieße das Leitmotiv, unter das man jedes historische Ereignis stellen kann. Eine Antwort auf diese Frage kann zuverlässig nur im sehr begrenzten Umfang aus den letzten hundert Jahren sächsischer Geschichte gegeben werden.

Überzeugender sind Erklärungsversuche aus der jüngeren sächsischen Geschichte, die allerdings bisweilen auf historischen Ereignissen früherer Zeit beruhen. Wichtig erscheint die Vergleichsperspektive. Das Zurseitstellen der westdeutschen Länder ist zwar, wie jeder Vergleich, legitim, aber die Sinnhaftigkeit ist begrenzt. Der Vergleichsmaßstab muss an die jahrzehntelange Erlebensgemeinschaft gestellt werden: an die Länder Ost- und Mitteleuropas im ehemals sozialistischen Block. Wird diese Perspektive gewählt, erscheint manche Entwicklung in Sachsen gar nicht mehr als Besonderheit, sondern eher – stark abgeschwächt – als Normalität. Und manche fragen sich bereits, ob nicht

Osteuropa die Zukunft Westeuropas vorwegnimmt, ähnlich wie die neuen Länder bestimmte Entwicklungen der alten Länder vorwegnahmen; denkt man an die geringere Wählerbindung, an den Verlust der Bindung zu den Glaubensgemeinschaften und politisch-gesellschaftlichen Organisationen.

Freilich belegt diese Perspektive nicht die Unterschiede zu den anderen neuen Bundesländern, die ebenfalls in der DDR zum Ostblock gehörten. Hier stellen sich also die Fragen nach den Besonderheiten der sächsischen Geschichte. Sicherlich gehört der politische Umschwung in der DDR-Zeit dazu. Kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs galt Sachsen immer noch, wie schon im Kaiserreich, als „rot“. Mutmaßungen, dass deshalb in Sachsen bei der ersten freien Wahl 1990 ebenfalls mehrheitlich links wählen würde, waren nicht selten, entsprachen jedoch nicht dem Wahlausgang. Stattdessen dominierten deutlich die konservativen Parteien. In den 40 Jahren DDR muss sich also in den drei sächsischen Bezirken ein Meinungswandel der Bevölkerung vollzogen haben, der jedoch kaum zu fassen ist. Zieht man die Schwerpunkte der Aufstände, Revolten und der Friedlichen Revolution wie 1953, 1968 oder 1989 heran, lagen die Schwerpunkte im Osten, außer Berlin und den Industriezentren im südlichen Sachsen-Anhalt, stets in Sachsen. Sachsen als Revolutionsland? Als Land der Revolte? Dieser Zug, wenn er so pauschal überhaupt stimmt, dürfte tiefere Ursachen in der Geschichte haben, abgesehen von dem großen Anteil von Arbeitern an der Bevölkerung.

Der Zug zur Revolte, wenn er den Sachsen wirklich innewohnen würde, kann nur aus der Zeit der Industrialisierung stammen, die gerade dieses Land wie kaum ein anderes deutsches im 19. und beginnenden 20. Jahrhundert berührt hat. Eventuell hat durch die Herausbildung eines großen Anteils von Arbeitern, verbunden mit vielen sozialen Verwerfungen, eine allmähliche Wandlung stattgefunden. Doch ist dies hochspekulativ und kaum argumentativ zu belegen. Jedoch sind es eher psychologische Momente, die bei der Beantwortung der einleitend aufgeworfenen Frage eine Rolle spielen. Parallelen zu manch sächsischer Entwicklung finden sich in historisch, wirtschaftlich – was die letzten Jahrzehnte betrifft – und sozial ähnlichen Regionen wie dem südlichen Sachsen-Anhalt nicht, was die Intensität angeht. Es müssen also Antwortversuche aus der Geschichte herangezogen werden, um diese Unterschiede

zu erklären, die stets nur äußerst pauschal genannt werden können. Wenn die genannten Kriterien keine zahlenbasierte Ableitung für eine Antwort zulassen, bleiben Erklärungen auf der Ebene der personenbezogenen Kompetenzen. Am dezidiertesten, aber auch polarisierend, hat bisher Michael Bittner auf mutmaßliche Ursachen aus der sächsischen Geschichte abgestellt. Doch auch Bittner wies auf die Nichtausschließlichkeit der historisch-sächsischen Ursachen hin, sondern ging auf die Fragen der gemeinsamen und getrennten ost- und westeuropäischen Geschichte zwischen 1945 und 1990 ein. Einen Schwerpunkt bildet bei Bittner indes die CDU-Dominanz in der sächsischen Politik nach 1990.

Um die Eigenheiten zu skizzieren, fällt ein Moment stark auf: Wohl kein anderes Bundesland unterliegt einem solch tradierten Opfernarrativ wie Sachsen, was im Gegensatz zu Westdeutschland an dem dortigen wirtschaftlichen Aufbau seit den 1950er Jahren liegt – quasi als Meistererzählung –, im Osten an der gering ausgeprägten Landesidentität der anderen Länder (außer Brandenburg), die eine solche Entwicklung nicht zustande kommen ließen. Die Ost-Berliner und Kern-Brandenburger um Berlin herum konnten sich zu den Begünstigten zählen. Damit liegt auch auf der Hand, dass Entwicklungen, wie sie sich nach 1990 und vor allem in den letzten beiden Jahren in Sachsen vollzogen, keine rein Dresdner Spezifik sind, sondern gesamtsächsische Auswirkungen der hier genannten historischen Bedingungen sind. Daher verwundert auch nicht, dass an den PEGIDA-Demonstrationen am Montag viele Teilnehmer aus ganz Sachsen stammen und diese Aufzüge keine Dresdner Angelegenheit sind. In Dresden wirkt ohne Zweifel das Opfernarrativ deutlicher und sicher trägt die mediale Inszenierung ihr Übriges, wenn Demonstrationen vor der durch die Radeberger-Werbung deutschlandweit bekannten Semper-Oper oder vor dem Elbpanorama stattfinden. Demonstrationen durch weniger pittoreske Straßenzüge, z.B. durch Dresden-Gorbitz, dürften eine geringere mediale Aufmerksamkeit erhalten haben und sicher spielt im Gesamtkontext eine Rolle, dass Dresden mit seiner Entwicklung nach 1990 als der Leuchtturm Ostdeutschlands galt, gerade städtebaulich. Die Organisatoren von PEGIDA waren sich dessen zumindest mittelfristig sicher bewusst, als die Demonstrationen über den Theaterplatz und an der Hofkirche vorbeizogen.

Die enttäuschte Hoffnung nach 1990, dass Sachsen schnell wieder an die wirtschaftliche Bedeutung vor 1945 anschließen könne und damit auch Sachsen als Land und Freistaat eine überdurchschnittliche Anerkennung erhalten würde, harmonierte schnell mit der „Verliererrolle“ Sachsens seit 1763. Schließlich wurde die Hoffnung, ökonomisch schnell Anschluss an die westdeutschen Bundesländer zu bekommen, von Politik und Wirtschaft gut genährt. Das Bewusstsein der „heimlichen Hauptstadt der DDR“, Dresden, setzte sich insofern fort, als Helmut Kohl im Dezember 1989 nach Dresden fuhr und dort die Menschen begeisterte. In den überregionalen Medien erhielt Dresden eine Aufmerksamkeit wie kaum eine andere ostdeutsche Stadt. Dresden avancierte zum Symbol des gelungenen Aufbaus Ost, der „blühenden Landschaften“ und erhielt von der Politik und den Medien eine Rolle zugewiesen, die weit über die einer „normalen“ Landeshauptstadt hinausging. Dies wird wiederum weitere Hoffnungen und Erwartungen bei der Bevölkerung geweckt haben. Wahrscheinlich dürfte auch eine Rolle gespielt haben, dass Dresden in der medialen Meinung positiv erschien, während das übrige Sachsen unter den altbekannten Vorurteilen betrachtet wurde. Eine solche Trennung zwischen Landeshauptstadt und übrigen Land ist sicher bei den anderen Ländern nicht in dieser Form zu verzeichnen. Der „13. Februar“, eine Wort-Zahl-Marke, die in Dresden denselben Status genießt wie der „11. September“ in den USA und weltweit, konzentrierte den Opfermythos auf die sächsische Hauptstadt und blendete andere Seiten der Geschichte aus. Der 13. Februar bot insofern ganz Sachsen eine Anschlussfähigkeit, als dass Dresden immer noch als sächsische Hauptstadt, auch in den Zeiten der Bezirksgliederung, galt und die – hier ohne Wertung der historischen Geschehnisse – „Sinnlosigkeit des Angriffs auf eine bedeutende Kulturstadt“ nicht zuletzt auch in der DDR stark propagiert wurde, was eine starke Identifizierung ermöglichte. Übrigens: Schaut man sich die westdeutschen Publikationen über Sachsen aus den 1970er oder 1980er Jahren an, wird nicht selten schon damals eine Sonderrolle Sachsens vermerkt und auf das Heimatbewusstsein hingewiesen.

Weitet man den Blick wieder auf das gesamte Sachsen und seine Teile, fällt eine weitere historische Bedingung auf, die bei den genannten Vorurteilen eine Besonderheit darstellt: der „sächsische Dialekt“, den es so

nicht gibt, geschweige denn in ganz Sachsen gesprochen wird. Parallel zum Aufstieg Preußens zur dominierenden deutschen Macht im 19. Jahrhundert, des zunehmenden politischen Bedeutungsverlustes Sachsens nach 1815 und 1866 nahm die Verächtlichmachung des sächsischen Dialekts zu. Der Sachse eignete sich zur Witzfigur und wurde kariert, überzeichnet in Literatur und Bild. Dieses fand Anschluss in der DDR, als die Grenzpolizisten nicht selten aus Sachsen kamen und die Ost-Berliner gerade in den 1950er, 1960er Jahren das Gefühl hatten, hier habe sich eine „fünfte Kolonne Sachsens“ angesiedelt. Dazu trug nicht wenig Walter Ulbricht bei, sowohl in Ost als auch in West. Das Bild Sachsens wurde also auch dadurch geprägt: Aufgrund des Dialekts deutlich zu erkennen, der im konkreten Fall nicht als Ausweis hoher Intelligenz galt. Diese Geringschätzung korrespondierte jedoch keinesfalls mit der Bedeutung Sachsens in wirtschaftlicher Hinsicht.

Völlig ungeklärt ist außerdem die Bedeutung der tradierten Geschichtsbilder des 20. Jahrhunderts für das heutige sächsische Bewusstsein. Aufgrund der anfänglichen Tabuisierung der Landesgeschichte in der DDR bzw. ihrer Umdeutung zur Regionalgeschichte sowie der verhältnismäßig bescheidenen Publikationsmöglichkeiten blieb nur die Nutzung der historischen Literatur. Nicht zuletzt hängt damit auch die unkritische Verwendung von NS-Literatur, z. B. des Heimatwerkes Sachsen, zusammen, natürlich die allzu offensichtlich politischen Phrasen negierend. Doch inwieweit hier Geschichtsbilder unverändert oder fortentwickelt in der breiten Bevölkerung weiter existierten, ist eine interessante Fragestellung, die jedoch kaum zu beantworten ist und die lediglich annähernd durch Oral-History-Projekte zu Ergebnissen führen kann, was eine reizvolle Aufgabe für die Landesgeschichte wäre. Hier trafen sich 1990 zwei Linien: die der exilierten Sachsen, die ihr Geschichtsbild mitgenommen hatten, und die in Sachsen gebliebenen, deren landeshistorisches Geschichtsbild ebenfalls nur gering weiterentwickelt worden war. Der bewusst manifestierte Stolz auf Sachsen, wie er sich zum Beispiel in „Sachsen“, der von 1937 bis 1943 erschienenen Zeitschrift des Heimatwerkes manifestiert, ist Beleg genug, wie man das Sächsische betonen musste, was sicher nach 1945 seine Fortsetzung fand. Die Beschäftigung mit der lokalen und regionalen NS-Geschichte begann auch in Sachsen, wie in den anderen neuen Ländern, spät. Bis die

ersten Studien dazu erschienen, dürfte das Meinungsbild vorgeherrscht haben, Gauleiter Martin Mutschman, genannt „König Mu“, sei der sächsische Obernazi gewesen und der Rest auf Reichsebene in Berlin geschehen. Eine kritische Auseinandersetzung mit Traditionen und Geschichtsbildern wäre jedoch in Sachsen umso notwendiger gewesen, als dass hier einiges ungebrochen weiterlebte.

Eines scheint dabei auch noch relevant zu sein: der verklärende Blick auf die sächsische Monarchie. Trotz des „roten Königreichs“ war die Monarchie durch die Persönlichkeit des letzten Königs Friedrich August III. populär, bis weit hinein in die beginnenden 1930er Jahre, was sich nochmals in den Trauerfeiern zur Beerdigung 1932 manifestierte. Eigentlich hätte ihn der Großteil der Bevölkerung sicher nicht zur Abdankung bewegt, auch wenn er in den Kriegsjahren kaum mehr eine politische Rolle gespielt hatte. Alles, was danach politisch kam, war nicht mehr so populär wie diese Jahre vor 1914. Auffallend kennzeichnet sich die Sehnsucht nach einem „geordneten Staatswesen“ unter der Regierung eines Landesvaters nirgendwo in den neuen Ländern wie in Sachsen: den erwähnten „König Mu“, wenn auch spöttelnd, für den Gauleiter Martin Mutschmann und „König Kurt“ für den Ministerpräsidenten Kurt Biedenkopf; eine Titulierung unabhängig vom politischen System, in dem der betreffende „König“ regiert. Und Mutschmann hatte gezielt einen „sächsischen Weg“ verordnet und entwickelt, so dass selbst Heinrich Himmler konstatieren musste, dass das Reichsrecht an der sächsischen Grenze erlischt.

Auch in Berlin-Brandenburg findet man diese monarchische Anhänglichkeit, gerade nach der Wiederentdeckung des „alten Fritz“ im Zuge der Tradition-und-Erbe-Debatte in der DDR. Doch es besteht ein Unterschied: Die Sachsen fühlten sich gegenüber dem preußisch dominierten Norden benachteiligt, unterdrückt. Und heute gegenüber dem Westen. Anders als bei den Berlinern, die wirtschaftlich besser versorgt waren als der Rest der Republik und die damit, abgesehen von politischen Deutungen, eines Landesvaters nicht unbedingt bedurften, konzentrierte sich der sächsische Blick in die Vergangenheit als eine positive Reminiszenz, die dem „Früher war alles besser“ schon nahekam. Dies galt für das ausgehende Königreich und, wenn auch völlig historisiert, für das Sachsen Augusts des Starken. Hier konnte man die frühere Bedeutung Sachsens als Preußen

ebenbürtiger Staat erkennen und als Wunschvorstellung in die Gegenwart projizieren.

Die anderen Landesstämme im Osten hatten dafür keine Notwendigkeit. Die thüringische Identitätsbildung vollzog sich in der DDR relativ spät, die Provinz Sachsen (Sachsen-Anhalt) gliederte sich im Bewusstsein in die historischen Landesteile, und Mecklenburg-Vorpommern war eher Mecklenburg, da Pommern zu sehr nach Revanchismus klang. Brandenburg als Sachsen vergleichbares Land gehörte in den Augen der sächsischen Bevölkerung zu den Vorherrschern, während man selbst seine Rolle als Unterlegener durch die Großartigkeiten der Vergangenheit zu kompensieren suchte. Dies beförderte den sächsischen Patriotismus, der in die spezifischen Ausprägungen der Sachsen-Renaissance der 1980er Jahre mündete. Und ebenso nahe lag es, nach 1990 an diese Entwicklung anzuschließen, die nunmehr als sächsische Identität ebenfalls die Verliererstraße zu kreuzen suchte, an der der Zusammenbruch der Industrie stand. Inbegriffen sind dabei die zahlreichen sozialen Aspekte. Hinzu kommen die Verlustängste, gerade im Osten Deutschlands und Europas. Das, was man sich nach 1990 erarbeitet hat, will keiner verlieren. Diese wirtschaftliche Reservelosisigkeit ist gepaart mit einer Art geistiger Reservelosisigkeit im Sinne der integrierenden Kraft einer neuen Gründerzeit im umfassenden Sinne, die die Antwort auf die Zeit gibt.

Ausgehend von 1989/90 wäre eine solche Idee gewesen: „Wir leben die offene Demokratie“. Sachsen als Stammland der friedlichen Revolution, als Drehkreuz zwischen West und Ost, als Nachbar zweier slawischer Völker mit einem slawischen Volk im eigenen Land. Es mag auch angesichts der in den 1990er Jahren herrschenden ökonomischen Probleme als weltfremd oder als allzu bequemer Ruf aus der Jetztzeit erscheinen, doch hätte es weniger bloßer Postulaten bedurft, sondern der Integration aus allen Ebenen. Stattdessen blieb Sachsen der Leuchtturm, der die Schiffe vor den eigenen Küsten warnt. Aber Sachsen ist eben nicht immer ein Leuchtfeuer gewesen, der die anderen in die Mitte führt.

Es ist also eine historisch begründete Melange oder Mariage aus einem Bewusstsein, das sich aus Verlieren und Gewinnen aus Siegen und Verlusten speist. Diesen Erfahrungsverlusten, vor allem der Zeit zwischen 1990 und 1995, tritt heute die Verlustangst angesichts der Globalisierung bei, was jedoch die historische Ursachendarstellung bereits verlässt.

Autor

Dr. Konstantin Hermann
Frauenstein